

..... International Press Service....

Ressort: Politik

Deutschland Schuldner für das Kaiserreich Update 27.03.23

Afrika, 27.03.2023 [ENA]

Update 27.03.2023: Da hat wohl jemand noch nicht genug Kohle. Kein Wunder, da können sich die deutschen Bürger bei Faeser und Co. bedanken. Erst einfach mal so ohne Zwang und Sinn nachträglich ein Geschenk in Form von Schuldanerkennung in Form von Milliardenzahlungen machen.

Und dann sich wundern wenn diejenigen gemerkt haben, wie leicht doch die deutsche Bundesregierung und Deutschland ausgenommen werden kann. Recht haben Sie, denn nach aktuellen Nachrichten hat inzwischen eine namibianische Anwaltskanzlei gegen das umstrittene Aussöhnungsabkommen eine Klage eingereicht. Angeblich sei die gemeinsame Erklärung beider Staaten mit elf Artikeln der Verfassung unvereinbar und daher ungültig. Angestrengt hat die Klage ein namibischer Parlamentsabgeordneter, dazu haben sich die Organisation Landless People's Movement und 11 Authoritäten aus den betroffenen Volksgruppen Herero und Nama angeschlossen.

Nach rund 6 Jahren Verhandlung liegt das Abkommen der Aussöhnung eigentlich schon seit 2 Jahren auf dem Tisch. Deutschland hatte sich ohne Grund dazu entschlossen, 1.1 Milliarden Euro über 30 Jahre hinweg zu bezahlen. Ausserdem sollten die Verbrechen an den genannten Volksgruppen anerkannt werden und der deutsche Staat sich dafür entschuldigen. Doch die Erklärung wurde nie unterzeichnet und von manchen als Beleidigung abgelehnt. Und was wird als nächstes passieren:

Neue Verhandlungen, viel mehr Geld - weil es eben Dummdeutschland war und ist.

Update 05.07.2021: Man kann es kaum glauben. Nach den haarstäubenden Erklärungen der Bundesregierung folgt nun die nächste: Der Afrikawissenschaftler und Professor Jürgen Zimmerer von der Universität Hamburg, gleichzeitig Leiter der Forschungsstelle koloniales Erbe an eben dieser Universität, sieht eine Verpflichtung Deutschlands aus der kolonialen Geschichte, Namibia nun mit Impfstoff helfen zu müssen, als "Gebot historischer Gerechtigkeit", so seine Worte. Aber damit nicht genug. Die Kolonialen Taten Deutschlands seien Mitschuld daran, daß das Gesundheitssystem in Namibias völlig unzureichend ausgebaut sei.

Erstens sollte er wissen, das nicht Deutschland, sondern das Deutsche Kaiserreich die Kolonialgeschichte geschrieben hat; wie die Bundesregierung schon erklärt hat, hat das nicht nur nichts mit Deutschland zu tun, sondern es lassen sich keine "Schuldneranerkenntnisse" ableiten. Desweiteren halte ich es für eine Absurdität, Defizite im Gesundheitssystem ins Jahr 1880 abzuleiten. Das Gesundheitssystem ist in allen

Redaktioneller Programmdienst: **European News Agency**

Annette-Kolb-Str. 16

D-85055 Ingolstadt Telefon: +49 (0) 841-951. 99.660 Telefax: +49 (0) 841-951. 99.661

Email: contact@european-news-agency.com Internet: european-news-agency.com

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.



.. International Press Service.

afrikanischen Ländern grundsätzlich schlecht. Ich habe wegen dieser Behauptungen Herrn Prof. Zimmerer angemailt und um eine Stellungnahme gebeten. Sollte er antworten, werde ich das nachträglich ggf. veröffentlichen.

Update 06.06.2021: Wie war das noch vor wenigen Tagen: Hochgelobt wurde der Chefvermittler der Bundesregierung, es nach sage und schreibe gut 5 Jahren endlich geschafft zu haben, ein Vertragswerk geschafft zu haben, das in Beteiligung der namibischen Regierung, beider betroffenen Bevölkerungsgruppen und deutscher Verhandler eine Vereinbarung enthält, die nun alle Seiten irgendwie zufrieden stellt – oder auch nicht. Was immer der Chefvermittler Deutschland für Nachrichten zur Bundesregierung übermittelt hat, entweder hat er nicht richtig zugehört bei den Verhandlungen (vielleicht kann er kein Afrikanisch) oder die Meldung der Bundesregierung Aussenministerium ist falsch.

Wie sonst kann es sein, das so kurz nach angeblichen abgeschlossenen Verhandlungen die Vertreter der Herero und Nama auf die Barrikaden gehen. Und mit welcher Arroganz erklärt der Vizepräsident Namibias an die Bevölkerung, weitere Zahlungen Deutschlands würden in Aussicht stehen. Die Vereinbarung lt. Aussenministerium hieß doch klar: 1.1 Milliarden Euro über 30 Jahre, keine Anerkennung irgendwelcher Rechte auf Zahlung, fertig, aus. Oder was ? Was läuft da hinter den Kulissen der Bundesregierung ab, was sollen die Bürger nicht erfahren ?

Da fällt mir wieder Seiberts bester Coronaspruch ein: Die Bundesregierung berichtet stets transparent und nur Fakten. Klar, aber nur, wenn sie will und was sie will. FAKT ist, der Vizepräsident erklärt, das die vereinbarten Zahlungen natürlich nicht genug seien und Deutschland habe bereits erklärt, den Betrag nochmals zu überdenken und aufzustocken. Ach nee. 5 Jahre Verhandlungen für nix ? So toll kann der Chefermittler da aber nicht gewesen sein, wie kann es sein, das 5 Jahre nicht reichen ? Wo eigentlich 5 Monate ausreichend sein müßten. Und dann kommt nix raus. Eine Geschichte für Doofe.

Und jetzt sage ich mal was darüber, wie ich die Sache bewerte: Das Ganze kommt mir wie eine Erpressungsgeschichte vor, bei der man so lange Geld herauspresst und mit Peinlichkeit, Moralaposteln, Verantwortung, Solidarität, Humanität und anderen Quatsch kommt, bis die Gegenseite, also Deutschland, weiter zahlt. Keine vernünftige intelligente und nur halbwegs geistig anwesende Person würde sich mit Zahlungen auf 30 Jahre verpflichten, wo keiner weiß, welche Zeiten in 5 Jahren anbrechen.

Ich erinnere an die Parkbankregelung, bei der man nicht sitzen durfte sondern sich nur um die Parkbank herumbewegen durfte. Oder die Hamburger Straßenregel, bei der die Hausnummer 1 – 16 nur mit Maske auf der Straße passiert werden durfte, ab Hausnummer 17 konnte die Maske abgenommen werden. Ganz so empfinde ich das jetzt, was nach angeblichen 6 Jahren Verhandlungen zweier Gremien, die sich nun geeinigt haben, herausgekommen ist: Deutschland hat die Taten während der Kolonialzeit 1884 – 1915 in

Redaktioneller Programmdienst: European News Agency

Annette-Kolb-Str. 16 D-85055 Ingolstadt

Telefon: +49 (0) 841-951. 99.660 Telefax: +49 (0) 841-951. 99.661

Email: contact@european-news-agency.com Internet: european-news-agency.com

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.



...... International Press Service.

Namibia, insbesondere die Zeiten 1904 – 1908, bei denen ca. 75.000 getötet worden sind, von den Hereros und Nama, als Völkermord anerkannt.

Und deshalb bittet Deutschland (genau gesagt Steinmeier, NICHT Deutschland, sage ich), um Vergebung. Weil ich und viele Millionen Bürger, genau gesagt ALLE Bürger der Bundesrepublik Deutschland, so rein gar nichts damit zu tun hatten, besteht auch keine Veranlassung, das Deutschland oder die Bürger Deutschlands plötzlich mit der FALSCHEN Behauptung einer kollektiven Schuld mit reinzuziehen und um Vergebung bitten in Namen Steinmeiers. Dagegen verwahre ich mich ausdrücklich in Sachen meiner Person. Wenn Maaß, Steinmeier und bestellte Verhandler meinen, sie müßten das tun, bittesehr, aber nicht im Namen von Personen, die nicht beteiligt waren und das nicht unterstützen.

Maaß seine Versprechungen gehen dahin, das Deutschland für die nächsten 30 Jahre insgesamt über Hilfsfonds 1.1 Milliarden Euro an Namibia zahlen will. Dieses Geld soll unter anderem in Landreform, Landwirtschaft, die Infrastruktur, Wasserversorgung und Bildung gesteckt werden. Bisher. 30 Jahre sind ein langer Zeitraum, bis dahin sind so einige Politiker weg vom Fenster. Bis dahin wird die Summe garantiert um ein Vielfaches erhöht, ganz abgesehen davon wird es bald neue Forderungen anderer Länder und Staaten geben, denn wer sich in Geschichte Kolonialzeit ein wenig auskennt, da wo Herr Maaß scheinbar Defizite hat, wurden diverse Länder unterdrückt und bekämpft.

Da werden wir noch viele Gelegenheiten haben, Gelder fließen zu lassen, die haben wir ja auch. Eine Sonderinfo noch für Herrn Maaß: Er redet von politisch moralischer Verpflichtung Deutschlands. Herr Maaß, es gab 1884 – 1915 gar kein Deutschland, sondern das Deutsche Kaiserreich. Nächster Partner in dieser Sache wird Griechenland sein der mit seinen Reparationszahlungen auf Gehör bei den Grünen trifft. Mit Baerbock als Kanzlerin wissen wir also schon, wo die nächsten Milliarden, und zwar richtig Kohle, hingehen werden.

Das Auswärtige Amt versucht die Sache ein wenig zu entspannen: Man habe diese Zahlung ohne rechtliche Anerkennung zugesagt und verabredet. Hilft uns auch nicht, das Geld ist weg. Ich kann Herrn Maaß nur auffordern, doch mal in den Geschichtsbüchern zu wälzen: Da finden sich sicherlich noch weitere Anspruchsmöglichkeiten, z. B. aus DDR Zeiten, oder aber bei den Napoleonischen Kriegen und der Schlacht bei Austerlitz, da lassen sich bestimmt noch Schadensersatzforderungen ableiten. Das sollte gründlich geprüft werden. Und wenn andere nicht darauf kommen, die Bundesregierung würde da Hilfe leisten.

Bericht online lesen:

http://presse.en-a.eu/politik/deutschland_schuldner_fuer_das_kaiserreich_update_270323-86054/

Redaktioneller Programmdienst: European News Agency

Annette-Kolb-Str. 16 D-85055 Ingolstadt

Telefon: +49 (0) 841-951. 99.660 Telefax: +49 (0) 841-951. 99.661

Email: contact@european-news-agency.com Internet: european-news-agency.com

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.



..... International Press Service......

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV: Uwe Hildebrandt

Redaktioneller Programmdienst: European News Agency

Annette-Kolb-Str. 16 D-85055 Ingolstadt Telefon: +49 (0) 841-951. 99.660 Telefax: +49 (0) 841-951. 99.661 Email: contact@european-news-agency.com Internet: european-news-agency.com

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.